

# Beschlussvorschlag / Antrag

Eingang: 10. Mai 2016 <sup>ph</sup> Drucksache: 31/2016 Aktenzeichen: 00

A  
u  
s  
z  
u  
f  
ü  
b  
l  
i  
e  
n  
v  
o  
n

A  
N  
T  
R  
A  
G  
S  
T  
E  
L  
L  
E  
R  
  
V  
E  
R  
W  
A  
L  
T  
U  
N  
G  
  
A  
N  
T  
R  
A  
G  
S  
T  
E  
L  
L  
E  
R

für  GVE  als Dringlichkeitsantrag  
über  HuFA  UEBA  SKSA  Ausländerbeirat

## ANTRAGSTELLER:

Gemeindevorstand  Ausländerbeirat  Gemeindevertreter/in \_\_\_\_\_

### Fraktion:

SPD  CDU  B 90/Die Grünen  FDP  Die Mühltaler  Fuchs  Die Linke

Mühlthal, den 10.05.2016

*Frank Fijon*  
(Unterschrift)

Verteiler:  Vors.  Bgm.  1. Beig.  Frau/Herrn \_\_\_\_\_

Kopie an Ausländerbeirat zur Stellungnahme

Schriftlich  innerhalb von 4 Wochen  bis zum \_\_\_\_\_  
nach dieser Aufforderung

mündlich in der Sitzung der/des \_\_\_\_\_ am \_\_\_\_\_  
um \_\_\_\_\_ Uhr im Rathaus NR/ Bürgerzentrum NR/ Bürgerhaus TR

Kopie an Ortsbeirat \_\_\_\_\_ zur Stellungnahme bis \_\_\_\_\_

### Betreff:

Ablehnung der Freihandelsabkommen TTIP, TiSA und CETA

**Antrag:** Die Gemeindevertretung möge als **Resolution** beschließen:

„Die Gemeinde Mühlthal lehnt das Handelsabkommen TTIP (Transatlantische Handels- und Investitionpartnerschaft), das derzeit zwischen den USA und der EU verhandelt wird, ab. Gleiches gilt für TiSA und CETA. Der Gemeindevorstand wird beauftragt, diesen Beschluß den Parlamentariern des Landes Hessen, des Bundes und der EU unverzüglich zuzuleiten und sie aufzufordern, die Verhandlungen abzubrechen bzw. die Ratifizierung der Verträge zu abzulehnen. Auch die kommunalen Spitzenverbände sollen über diesen Beschluß informiert werden.“

### Begründung:

Diese Verträge werden einen groben Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung der Gemeinde Mühlthal zur Folge haben. Unsere Gestaltungsmöglichkeiten öffentlicher Belange in unserer Gemeinde nach sozialen, ökologischen und regionalen Gesichtspunkten werden bedroht, weil TTIP, TiSA und CETA privatwirtschaftlichen Interessen vor allem multinationaler Konzerne den Vorrang einräumen werden. Dies betrifft besonders die öffentliche Auftragsvergabe in Bereichen der Bildung, Energieversorgung, Umweltschutz, Kulturförderung, ÖPNV, soziale Dienstleistungen, Gesundheit, Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Müllentsorgung. Die intransparente Verhandlungsführung, die im Zusammenhang

von TTIP jüngst offenkundig wurde, ist nicht hinnehmbar. Im übrigen gefährden Investitionsschutzregelungen und demokratische nicht legitimierte Schiedsgerichte unsere finanzielle Eigenständigkeit und unsere Rechtsstandards.

Bereits jetzt haben sich landesweit hunderte von Kommunen, darunter in unserer Nachbarschaft Griesheim und Pfungstadt, durch entsprechende Beschlüsse/Resolutionen gegen TTIP, TiSA und CETA positioniert.